

Das Unbehagen an den Parteien

Ein Blick auf die dauerhaften Ursachen

Prof. Dr. Joachim Raschke, geb. 1938, Studium der Politischen Wissenschaft, Soziologie und Geschichte in Berlin, lehrt seit 1975 an der Universität Hamburg. Zahlreiche Veröffentlichungen, insbesondere zum sozialen und politischen Wandel, zu Parteien und Bewegungen.

Gibt es eine Krise der Parteien?

Krise ist das in Verbindung mit Parteien sicherlich am häufigsten benutzte Wort, es gehört zur Rhetorik einschlägiger Parteien-Diskurse, nicht erst seit heute. Schon die Entstehung politischer Parteien in der bürgerlichen Gesellschaft wurde als Krise erlebt, die lange Geschichte, die zu ihrer Durchsetzung führte, sowieso, und seitdem Parteien etabliert sind, ist es ganz schlimm geworden mit den Krisen.

Nicht lange nach Regierungsantritt fängt die Krise der regierenden Parteien an. Sie besteht aus der systematischen Enttäuschung der Erwartungen, die sie wecken mußten, um in die Regierung zu kommen. Die Krise der Opposition fängt gleich an: sie kommt ja meist aus der Regierung, ihr gelingt die Umstellung nicht recht, und für viele ist schon der Zustand der Opposition selbst eine Krise, denn: ihre Partei gehört ja eigentlich in die Regierung, und solange sie nicht wieder dort ist, hat sie ihre Krise nicht überwunden.

Solch unernster Beginn sei einem „Krisenbegriff-Geschädigten“ gestattet, der - wie viele Sozialwissenschaftler - sich in den siebziger und achtziger Jahren an der Ausrufung mancher Krisen beteiligt hat, die bei näherer oder späterer Betrachtung sich als Anpassungs- und Strukturwandel herausgestellt haben. Bei Krise muß es schon um mehr gehen als um die Projektionen politischer Unzufriedenheiten auf die Parteien, über die jede und jeder von uns reichlich verfügt. „Die dramatische Zuspitzung einer Situation mit dem Risiko des Scheiterns“ (Ristau/Scherer) - wie Krise unlängst, sozusagen unter Abzug der Inflationsrate, definiert wurde - eine solche Situation kann ich mit Hinblick auf das Parteiensystem der Bundesrepublik *nicht* erkennen. Krise müßte doch in den Bereich einer grundlegenden Funktionsstörung hineingehen, die nur durch eine weitgehende Reorganisation zu beheben wäre.

Ist es sinnvoll, von einer Krise „der“ Parteien zu reden? Wir sind noch nicht in der Situation, daß *alle* Parteien verlieren und nur nicht-parteiliche Akteure davon profitierten. In den vergangenen Landtagswahlen haben die beiden *Großparteien* verloren, die Flügelparteien des Parteiensystems dagegen haben gewonnen, vor allem die Rechtsradikalen, links von der SPD auch die Grünen. Üblicherweise kann man von Parteien-Krise ohne Wähler-

Verluste nicht reden. Also, wenn schon Krise, dann Krise der Volksparteien beziehungsweise, weniger ideologieverdächtig: von Großparteien.

Unbestreitbar ist, daß die Parteien Probleme haben und daß wir massive Probleme mit den Parteien haben. Parteienverdrossenheit ist keine Spezialität des „Lagers der Ressentiments“ (Vester/Geiling), obwohl sie dort besonders tief verwurzelt ist. Die Umsetzung von Unbehagen in rationale Parteienkritik, die Unterscheidung von Krisen und Strukturveränderungen, zu denen wir uns erst ein Urteil bilden müssen - dies sind Wege, an der Affirmation vorbeizugehen. Sowohl an der Affirmation der modischen Parteienschelte wie an der Affirmation eines Parteienstaats, dessen wichtigstes Argument seine Unersetzbarkeit ist. Tieferliegende, zum Teil nicht oder nicht schnell behebbare Probleme der Parteien lassen sich auf drei Ebenen beschreiben:

- Veränderungen im Übergang zu postindustrieller Gesellschaft, die zu Neustrukturierungen des Parteiensystems, von Parteien und der Beziehungen zwischen Bürgern und Parteien führen;
- Veränderungen nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten, die weitgehende innen- und außenpolitische Neuorientierungen notwendig machen;
- schließlich, als gewissermaßen konjunktureller Faktor (der, wie jede Wellenbewegung, die Gemüter am heftigsten erregt): die Glaubwürdigkeitsverluste, die beide Großparteien in den vergangenen zwei Jahren hinnehmen mußten, weil sie auch mit Verweigerung, Täuschung und Erpressung ihrem Geschäft der Stimmenmaximierung nachgegangen sind.

Veränderungen im Übergang zur postindustriellen Gesellschaft

Gegen die „Verheißungen“ der herausziehenden Dienstleistungsgesellschaft, wie sie sich bei Daniel Bell lasen, hatte schon früh Huntington die Gegenfrage gestellt: „Post-Industrial politics: How benign will it be?“ Heute wissen wir: Postindustrielle Gesellschaft ist nicht nur angenehm, sie ist eine Konfliktformation mit mehreren Gesichtern, die auch auf Parteiensysteme durchgreift.

Einerseits geht es um Wissens- und Bildungsexplosion, Wohlstands- und Überflußgesellschaft, in den etablierten Parteien nach dem alten Wachstumsparadigma und in den alten Strukturen großindustriellen Wachstums verarbeitet, mit wenig Rücksicht auf steigende ökologische, soziale und psychisch-soziale Kosten vorangetrieben. Unbeabsichtigt, aber unvermeidbar arbeiten die Großparteien damit auch an der Erosion der eigenen politischen Basis: durch Auflösung traditioneller Milieus und ihrer Stammwählerschaften. Dieser strukturkonservative Faktor repräsentiert den sozial stärker, ökologisch schwächer regulierten Wachstumspakt von Arbeit und Kapital. Auch auf der Parteiebene sind die vormaligen Hauptkonkurrenten zusammengerückt, der verbleibende Gegensatz zwischen Status quo- und Reformkräften erlaubt inhaltlich sowohl eine begrenzte Konkurrenz wie ein Zusammengehen als große Koalition.

Der postindustrielle Wandel bringt zugleich Gruppen hervor, die die gesellschaftliche Entwicklungsrichtung anders bestimmen wollen, ohne aus dieser Formation auszusteigen: neue Trägergruppen qualifizierter Dienstleistungsbereiche, ein mehrheitlich links orientierter Postmaterialismus mit hohen Autonomieansprüchen und einer kognitiven Mobilisierung, die es diesen Gruppen ermöglicht, sich unter anderem mit unkonventionellen Aktionsformen von den etablierten Institutionen relativ unabhängig zu machen. Die Grünen waren in den achtziger Jahren die Aufsteigerpartei, die sich aus dem entwickelte, was Gerhard Schulze unlängst als „Selbstverwirklichungs-Milieu“ beschrieb, aber diese Tendenz hat auch in der SPD starke Spuren hinterlassen.

In den neunziger Jahren scheint die besondere Aufmerksamkeit auf der politischen Bühne dem Rechtspopulismus zu gelten, der zum Gesellschaftsumbruch gehört wie der Postmaterialismus: Er sammelt die eindeutigen Modernisierungsverlierer postindustrieller Entwicklung ebenso wie andere Teile ökonomisch und in ihrem Status Verunsicherter, gleichzeitig ein breites politisches Entfremdungsspektrum und einen sozusagen kleinbürgerlichen Deziisionismus, der - des ökologischen und postmaterialistischen Diskurses der Haupt- und der Neben- wie Gegeneliten überdrüssig - endlich wissen will, wo es lang geht: je einfacher, desto besser.

Parteipolitische Bewegung entsteht in diesem dreifach gebrochenen Feld nicht mehr von der Mitte, sondern von den Flügeln. Linke und rechte Volkspartei sowie die Pendlerpartei FDP sehen sich unverändert als Zentrum aller politisch relevanten Spiele, tatsächlich ist das Parteiensystem heute stärker durch zwei neue Grundtatsachen bestimmt: die gespaltene Linke und die gespaltene Rechte. Diese Spaltung ist auf den postindustriellen Strukturwandel zurückzuführen, sie zeigt sich in der zunehmenden Heterogenität der beiden Großparteien wie in der Auffächerung und Polarisierung des Parteiensystems von den Flügeln her.

Insbesondere die Großparteien können sich nur widersprüchlich orientieren. Die CDU durchziehen zwei, die SPD alle drei soziopolitischen Grundfaktoren. Die rechte Großpartei schwankt zwischen einem postindustriell dynamisierten Strukturkonservatismus und den Verführungen des Rechtspopulismus, die auf Dauer nicht gleichzeitig zu bedienen sind. Die von den Bürgern mitte-links angesiedelte Großpartei SPD ist in sich extrem zerrissen, ihre Undeutlichkeit ist vor allem dadurch und nicht durch irgendwelche „Führungsschwächen“ zu erklären: Sie führt den Verteilungskonflikt *innerhalb* des postindustriellen Wachstumspaktes von Arbeit und Kapital; sie macht dem linken und ökologischen Postmaterialismus Angebote, ohne die Wachstumskoalition zu verlassen; sie berücksichtigt den rechtspopulistischen Protest, der auch aus ihrer Wählerschaft gespeist wird, ohne ihm wirklich Recht geben zu können. Die Flügelparteien haben ihre eigenen Probleme. Die Grünen sind - wenn es ihnen gut geht und schon hochgerechnet - in den Turm der zehn Prozent eingesperrt, bisher ohne die Mittel, nennenswert vom Potential des Selbstzweifels innerhalb der Großparteien zu profitieren. Rechtspopulistische

beziehungsweise rechtsradikale Parteien scheitern an ihren Erfolgen: sei es, daß sich im Parlament ihre Politikunfähigkeit erweist, sei es, daß sie außerstande sind, sich organisatorisch und personell zu stabilisieren.

Der latente Immobilismus dieses Systems zeigt sich unter anderem daran, daß auch andere als die jetzige Koalition im je spezifischen Widerspruchsgeflecht hängen bleiben müßten. Rot-grünes und Ampelbündnis als Koalition der kleinsten Schritte, große Koalition als Obrigkeit unregulierten Wachstums und eines administrierten Sozial- wie Rechts-Populismus. Undurchschaubarkeit, ständige Verschleppung von Problemlösungen, Immobilismus führen zu Unzufriedenheiten ohne gemeinsamen Nenner, aber gemeinsam benutzten Blitzableitern: Parteien und Berufspolitikern.

Durchbrüche sind weniger durch neue Bündnisse als durch gesellschaftliche Mobilisierungen zu erwarten. Auf diesem Feld hat aber die radikale Rechte die Initiative ergriffen. Heute zeichnet sich die Möglichkeit ab, daß sie über die CDU/CSU und mit Fernwirkungen auf die SPD eine Wirkung erzielt, die ihr Potential weit überschreitet.

Postindustrielle Gesellschaft verändert auch die *Parteistrukturen*. Der Parteytyp der Mitgliederpartei scheint durchdekliniert: als demokratische, später als totalitäre Massenintegrationspartei, als Volkspartei schließlich, in welcher Parteimitgliedschaft immer mehr ihren Sinn verlor. Von oben waren die Präsenz in Massenmedien, der Ausbau staatlicher Parteienfinanzierung und die kooperative Vernetzung mit Verbänden leichter zu realisieren als Massenmobilisierung. Von unten, vom rationalen Kalkül nicht traditionsgebundener, vor allem jüngerer Bürger erschienen die politischen Einflußnahmen über punktuelle, thematisch wie zeitlich begrenzte Projekte (Bürgerinitiativen, andere ad hoc-Gruppen) und unkonventionelle Aktionsformen allemal als attraktiver. Die Generationen, die die vielberufene „partizipatorische Revolution“ trugen, drehten mit den Grünen noch eine Extra-Schleife, hinsichtlich der nachwachsenden Generationen geht es den Grünen heute aber nicht viel besser als den voll etablierten Parteien: Sie bleiben weg. Nicht nur die Gewohnheiten, sondern die Neigungen und die Chancenstrukturen haben sich so grundlegend verändert, daß die Renaissance von Mitgliederparteien unwahrscheinlich ist.

Gesellschaftliche „Verwurzelung“ gehört nicht mehr zur Metaphorik, mit der Parteien beschrieben werden können. Gewerkschaften, Kirchen, neue soziale Bewegungen sind zwar gesellschaftliche Bezugsgrößen, aber keine Integrationsfaktoren, die den korrespondierenden Parteien einen wichtigen Teil der „Vorfeldarbeit“ abnehmen wollten oder könnten. Gesellschaftliche Vielfalt durchzieht auch sie und erschwert ihre Vermittlungsleistung. Die Parteien als Vermittler von Vermittlung reduzieren diese wachsende Komplexität und Zunahme an Distanz durch Lobbypolitik für dieses oder jenes Einzelinteresse, vor allem aber durch symbolische Politik mit ihren willkürlichen Thematisierungen oder Schein-Synthesen.

Die *Beziehungen zwischen Bürgern und Parteien* befinden sich in einem zum Teil dramatischen Wandlungsprozeß. Dazu zählen die Zunahme von Wechselwählern; Nicht-Wählen als rationale Entscheidung wägender Bürgerinnen und Bürger und nicht mehr nur als Ausdruck politischer Apathie und stabiler Entfremdung; das Interesse an Formen direkter politischer Beteiligung, um die in Wahlen institutionalisierte schreckliche Vereinfachung zu durchbrechen und in Sachfragen ein Votum abzugeben, das unabhängig sein will und eben auch im Gegensatz zu der bei der letzten oder der kommenden Wahl bevorzugten Partei stehen kann. Was die einen als Krise der Parteien bezeichnen mögen, stellt sich anderen als späte Emanzipation von Wählern dar. Die Gesellschaft mußte sich ändern, um aus der rechtlich verbürgten freien Wahl auch eine subjektiv erlebte Wahl-Freiheit zu machen. Ronald Inglehart hat das als Übergang von einem System elitengesteuerter Organisationen zu einem System eliten-steuernder Organisationen beschrieben. Parteiaktive sind daran beteiligt, aber auch Wähler, für die Wählen kein Ritual und auch keine Routinehandlung mehr ist, die vielmehr begonnen haben, das Options-Repertoire *innerhalb* des begrenzt attraktiven Handlungstyps Wahl auszuschöpfen, einer Institution, die deutlich hinter den gewachsenen Differenzierungsbedürfnissen zurückbleibt.

Veränderungen nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten

Parteien sind für viele *Interpretationsinstanzen*, die ihnen vereinfachte Angebote zur Deutung komplexer Umwelten und Entwicklungen machen. In Umbruchzeiten ist der Bedarf an „kontextsetzenden Orientierungen“ (Etzioni) besonders groß. Wir befinden uns in einem Umbruchprozeß, der durch den Zusammenbruch der sozialistischen Staaten ausgelöst ist und uns an der Schnittstelle des ehemaligen Ost-West-Konflikts besonders betrifft. „Alte Fragen“ wie Nationalismus, Krieg vor der Haustür, Armutswanderung und vieles andere sind neu auf die Tagesordnung gesetzt, auf *unsere* Tagesordnung, das heißt, man kann ihnen innenpolitisch nicht mehr ausweichen.

Aber auch die strukturelle Orientierungsschwäche von Volksparteien tritt in der Umbruchphase besonders deutlich zu Tage. Innovations- und Einigungsschwäche wirken zusammen. Der Wähleropportunismus von Großparteien, der positiv als Risikovermeidung buchstabiert wird und einer starken Tendenz zu *nachträglicher Anpassung* folgt, kommt hinzu. Politisch wirklich strukturierende Orientierungen werden auf sich warten lassen. Die Schwierigkeiten vieler Individuen, sich selbst in einer neuen Welt zurechtzufinden, werden auf die Parteien als deren Versagen projiziert.

Die Probleme sind zu schwierig, hegen vielfach quer zu scheinbar selbstverständlichen Wertannahmen (Selbstbestimmung, Kriegsvermeidung, offene Gesellschaft etc.), als daß sie schnell, vielleicht überhaupt „gelöst“ werden könnten. Man verschone uns jedenfalls mit schnellen und einfachen Orientierungen. Man bremse aber auch Wähler, die Parteien zu falschen Eindeutigkeiten drängen.

Orientierungsprobleme könnten eine Chance sein. Ungewißheiten, Nicht-Eindeutigkeiten, Orientierungsschwierigkeiten wären auszuhalten, offene Debatten zur weiteren Klärung zu initiieren. Parteien, der Bundespräsident, die Medien, Verbände und Initiativen, Intellektuelle könnten ihre Interpretationen beisteuern, allmählich bilden sich neue Konsense oder doch wenigstens Mehrheiten, die aus den Diskursen größere Gewißheiten ziehen. Dazu brauchte man allerdings Parteiführungen der Großparteien, die nicht andere die Debatte führen lassen, um dann in den Monatsberichten der Demoskopien das Ergebnis nachzulesen.

Gegen einen solchen Weg gleichberechtigter Diskurse und daraus allmählich hervorgehender kollektiver Entscheidungen spricht: Orientierungsdefizite sind für wahlorientierte, aber nicht wählerische Parteien eine Versuchung, dieses Vakuum mit Bildern einfacher Lösungen und mit Angstkampagnen zu füllen. Schüren der Ängste und neue Sicherheitsversprechen durchziehen innen- wie außenpolitische Fragen, an denen Neuorientierungen erprobt werden. Die Debatten über Asyl und Ausländer wie die Frage nach Bundeswehreinräsen außerhalb der Nato sind stellvertretende, aber auch weichenstellende Themen, an denen die Bundesrepublik ihr Rollenverständnis in einer veränderten Welt zu definieren versucht. Innen- und Außenpolitik sind dabei nicht mehr voneinander trennbar. Sichtbar wird, was uns im totalen Wahljahr 1994 ungehemmt erreichen wird: die Ablösung und Verselbständigung symbolischer Politik gegenüber den begrenzten, sachnahen Problemlösungsversuchen.

Meine These ist, daß der Bedarf an symbolischer Politik für stimmenmaximierende Großparteien zunehmen und die wachsende Diskrepanz zu konkreter Problemlösung eine länger anhaltende Ursache der Unzufriedenheit mit den Parteien sein wird. Die wichtigste Begründung für diese These bezieht sich darauf, daß die Kluft zwischen den Anforderungen und den Mitteln zu ihrer Bewältigung sich verbreitern wird. Die finanziellen Ressourcen, die politisch ohne tiefgreifende Umorientierung freigemacht werden könnten, führen schon bei dem - im Weltmaßstab gesehen - mikropolitischen Problem einer Angleichung der Lebensverhältnisse von Ost- und Westdeutschland zu massiven Spannungen. Allenfalls symbolisch stehen sie zur Verfügung, um Ursachen der Armutswanderung abzuschwächen oder gar zu beseitigen. Die demokratisch und rechtsstaatlich vertretbaren juristischen und polizeilichen Mittel werden nicht ausreichen, um dem verbreiteten Wunsch nachzukommen, die inneren Verhältnisse gegenüber einer Welt voll Krieg, Armut und einer näher gerückten Fremdheit abzuschotten. Die bisherigen Mittel internationaler Politik werden auch dann nicht ausreichen, die Zunahme internationaler Unsicherheit und Labilität zu verringern, wenn das Repertoire von Militärbeziehungsweise Waffeneinsätzen erweitert wird.

Die Verschärfung von Verteilungskämpfen, von ethnischen Spannungen und von gewaltsam ausgetragenen internationalen Konflikten erlauben keine durchgreifenden Lösungen, die konkrete Bearbeitung wird mit Widersprü-

chen und unerwünschten Nebenfolgen überzogen bleiben - ideales Feld für symbolische Politik, die die Widrigkeiten der Realität mit packenden Bildern überspringt. Symbolische Politik bietet Möglichkeiten, von wachsender Ungleichheit und Heterogenität im eigenen Land und der fehlenden Bereitschaft zum Ausgleich mit der Behauptung abzulenken, Feinde und Problemverursacher bedrohten das Land von außen. Wie die Amerikaner im Golfkrieg und seiner schwächeren, wahlkampfbedingten Neuauflage vorführen, erhalten dann selbst Kriege - immer noch das solideste Mittel zur Feindbildschaffung und -pflege - überwiegend symbolische Bedeutung. Wir müssen damit rechnen, daß sich die Schere zwischen symbolischer und instrumenteller (auf die ernsthafte Bearbeitung der Probleme bezogener) Politik weiter öffnen wird - eine Dauerquelle für Poptikverdrossenheit.

Glaubwürdigkeitsverluste der Parteien

Die dritte Ebene, von der die Zuspitzung von Parteienverdrossenheit ihren Ausgang nahm, ist die innenpolitische Bühne der vergangenen zwei Jahre. Wie immer man die Vereinigungspolitik beurteilt, unter dem Gesichtspunkt der Beziehungen zwischen Parteien und Wählern gab es dabei schwere Verwerfungen. Das begann mit dem Dampfwalzeneffekt, als den viele Ostdeutsche die Übertragung des westdeutschen Parteiensystems, verbunden mit schiefen Polarisierungen, erlebten. Die Unfähigkeit des Parteiensystems zu einer Feinsteuerung setzte sich damit fort, daß der sozialdemokratische Kandidat bei der Bundestagswahl 1990 durch seinen zumindest halben Ausstieg aus der deutschen Frage verhinderte, daß die eigentlichen Fragen nach der Ausgestaltung der Einheit, die Lastenverteilung und einen zu betreibenden Sozialvertrag zu greifbaren Alternativen verdichtet werden konnten. Es gelang nicht, die Einheit vor die Klammer eines konstruktiven Streites über die eigentlichen Kontroversen weiterer Entwicklung zu ziehen.

Der Blankoscheck der „blühenden Landschaften“ (ohne Zeitabschätzung) und des „Keinem wird es schlechter gehen“ verbreiteten bei einem Publikum, das zuvor keine Gelegenheit hatte, die „Fortschritte“ symbolischer Politik in westlichen Wahlkämpfen kennenzulernen, Illusionen. Die peinliche Prozedur von Dementis, halbherzigen Entschuldigungen und kleckerweisen Korrekturen führten im Osten zu enttäuschten Erwartungen. Sie wurden dort Teil eines Syndroms äußerer Abwertung, die zusammen mit der Entwertung alles Gelernten die Depressivität verstärkte. In Westdeutschland wurde diese rein wahltaktische Manipulation als Steuer- und (Nicht-)Umverteilungslüge aufgefaßt und hat auf diese Weise Selbstwertgefühl und Stolz, für manche auch die Ansprüche an intellektuelle Redlichkeit sich als mündig verstehender Westbürger verletzt. Die Doppellüge eines Kanzlers, der erstaunlicherweise in seiner Formation immer noch über so viel Macht verfügt, sich nur alle vier Jahre für Wahlergebnisse wirklich interessieren zu müssen, hat dann noch längere Zeit negativ auf die Opposition abgefärbt, mit der Union in einer ungewollten Allianz von Vergiftung und Angiftung vereint. Ossi und Wessi

schrieben die Unfähigkeit zu einem vernünftigen Konsens (Solidarpakt des „Blut, Schweiß und Tränen“) oder zu einer in die Wahl einfließenden praktischen Alternative den Parteien zu - und nährten damit ihre, in Deutschland immer naheliegende Parteienverdrossenheit.

Ein Teil der Wählerschaft erlebte im vergangenen Jahr die Kampagne im Hinblick auf den Artikel 16 des Grundgesetzes als einen Versuch, die Asyl- und Ausländerfrage offen zu halten, diese praktische Obstruktion aber dem Gegner als Verweigerung anzulasten. Solche Instrumentalisierung einer Frage, die lebensweltlich tief in die Existenz der betroffenen Ausländer einschneidet und auch für die lokale Bevölkerung von weiterreichenden Folgen ist, bringt die einen gegen diese und die anderen gegen die andere Großpartei auf, hat beiden bei den Landtagswahlen geschadet und das Bild der Parteien zusätzlich verdunkelt.

Bei dieser Suche nach grundlegenden Ursachen von Parteienverdrossenheit tauchen Schwächen der Elitenrekrutierung, finanzielle Verselbständigungen, Verkrustungen innerparteilicher Willensbildung - um nur einige der völlig zu Recht seit Jahren heftig kritisierten Probleme zu nennen - gar nicht auf. Sie bezeichnen sicherlich je eigene Problem- und Mißstandsbereiche, aber aufs Ganze gesehen sind sie nicht so neu, daß sie die Thematisierungen von Parteienverdrossenheit in den vergangenen anderthalb Jahren erklären könnten. Auch eine, kurz- und mittelfristig nicht zu erwartende Behebung solcher Probleme würde tief erliegende Ursachen zunehmender Parteiendistanz nicht beseitigen. Daß über Politiker und Parteien „schlecht“ gedacht wird, ist - wie die Demoskopie zeigt - normal und begleitet auch die „guten“ Phasen des Parteiensystems. Parteien sind strukturell der abgehobenste Teil gesellschaftlicher Interessenvertretung, hinsichtlich dieser Vermittler von Vermittlung sind in einer komplexen Gesellschaft massive Enttäuschungen unvermeidbar. Die notwendige Reform von Parteien, die sowohl Handlungsfähigkeit wie Selbstbegrenzung, Demokratisierung wie Öffnung zu verstärken hätte, könnte solche Enttäuschungen begrenzen. Positive Parteienidee und Reform könnten zur Milderung der Parteienmisere beitragen.